

**Antrag 159/I/2025****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Keine Einsparungen auf Kosten der Zukunft – Verantwortung übernehmen, Kinder und Familien stärken!**

1 Die Mitglieder des Senats und der AGH-Fraktion der SPD  
 2 Berlin werden aufgefordert, sicherzustellen, dass im Rah-  
 3 men der Haushaltsverhandlungen für den Doppelhaus-  
 4 halt 2026/2027 die gesetzlichen Grundlagen des Kinder-  
 5 und Jugendförderungs- und -beteiligungsgesetzes sowie  
 6 des Familienfördergesetzes als verbindliche Rechtsver-  
 7 pflichtung in Berlin konsequent umgesetzt werden.

8  
 9 Hierfür sind folgende Maßnahmen essenziell und zwin-  
 10 gend zu ergreifen:

11  
 12 1. Konsequente Umsetzung der beiden Fördergesetze.  
 13 2. Zweckgebundene Mittelzuweisung an die Bezirke,  
 14 um bestehende Angebote abzusichern und verläss-  
 15 lich umsetzen zu können.  
 16 3. Tarifgerechte Finanzierung, auch für freie Träger.

17

18

**19 Begründung**

20 Kinder, Jugendliche und Familien sind in besonderem Ma-  
 21 ße von den gesellschaftlichen Krisen der letzten Jahre be-  
 22 troffen. Gleichzeitig stehen die Haushaltsverhandlungen  
 23 für den Doppelhaushalt 2026/2027 unter schwierigen Vor-  
 24 zeichen, sodass erneut Kürzungen in der Kinder- und Ju-  
 25 gendhilfe sowie der Familienförderung drohen. Bereits im  
 26 Frühjahr und Winter 2024 haben Kinder und Jugendli-  
 27 che gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Trägern  
 28 und Verbänden unter dem Hashtag #unkürzbar gegen ge-  
 29 plante Einsparungen protestiert. Doch nur wenige Mona-  
 30 te später stehen dieselben Angebote wieder vor der Be-  
 31 drohung drastischer Kürzungen. Dadurch geraten essen-  
 32 zielle Strukturen und dringend benötigte Maßnahmen in  
 33 Gefahr.

34

35 Mit der Verabschiedung des Kinder- und  
 36 Jugendförderungs- und -beteiligungsgesetzes sowie  
 37 des Familienfördergesetzes haben wir als SPD in Berlin  
 38 verbindliche Standards zur Umsetzung des SGB VIII  
 39 geschaffen. Diese Gesetze definieren die notwendigen  
 40 qualitativen und quantitativen Rahmenbedingungen, um  
 41 eine Mindestversorgung sicherzustellen. Die geplanten  
 42 Einsparungen stehen nicht nur im Widerspruch zu die-  
 43 sen gesetzlichen Verpflichtungen, sondern auch zu den  
 44 Grundsätzen sozialdemokratischer Politik.

45

46 Sie gefährden:

47

48 • **Niedrigschwellige Angebote**, die präventiv zum Kin-

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Überweisen an: AH Fraktion (Konsens)**

49 derschutz beitragen und den ohnehin überlasteten  
50 Regionalen Sozialdienst (RSD) entlasten.

51 • **Wichtige Anlaufstellen für Familien**, die auf Beratung und Unterstützung angewiesen sind.

52 • **Orte der Selbstwirksamkeit und des Empowerments**, die gegen Vereinsamung und gesellschaftliche Isolation wirken.

53 • **Spezifische Angebote für besonders vulnerable Gruppen**, die unter Diskriminierung und sozialen Benachteiligungen leiden.

54 • **Armutspräventive Einrichtungen**, die Bildungsbenachteiligungen abbauen und somit einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft leisten.

55 • **Hochqualifizierte Fachkräfte**, die durch unsichere Arbeitsbedingungen gezwungen werden, das Berufsfeld zu wechseln.

56 • **Bestehende Netzwerke**, die zentrale Bausteine für eine funktionierende Präventionskette und den sozialen Frieden in unserer Stadt darstellen.

57

58

59 Seit Jahren steigen die Ausgaben für Hilfen zur Erziehung  
60 kontinuierlich an, während gleichzeitig immer pauschale  
61 Minderausgaben gefordert werden. Diese Entwicklungen  
62 führen dazu, dass Träger um ihre Existenz kämpfen, Fach-  
63 kräfte um ihre Arbeitsplätze bangen und Kinder sowie Ju-  
64 gendliche um ihre dringend benötigten Angebote fürch-  
65 ten müssen.

66

67

68 Der 17. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung  
69 zeigt eindrücklich, dass Kinder und Jugendliche sich nicht  
70 ausreichend beteiligt fühlen und zunehmend pessimis-  
71 tisch in die Zukunft blicken. Um dem entgegenzuwir-  
72 ken, sind stabile, verlässliche Strukturen und Vertrauens-  
73 personen unerlässlich. Statt Kürzungen braucht es daher  
74 vielmehr einen Ausbau bestehender Angebote, um Bil-  
75 dungsabbrüche, Jugendarbeitslosigkeit und soziale Isola-  
76 tion frühzeitig und professionell zu verhindern – nicht zu-  
77 letzt, um langfristige volkswirtschaftliche Kosten zu sen-  
78 ken.